

# „Auch Flüchtlinge haben ein Recht auf Familie“

**FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG** Menschenrechtskommission spricht 15 Empfehlungen aus

Eric Hamus

Die Haltung der luxemburgischen Regierung gegenüber von Flüchtlingen sei exemplarisch, sagt der Präsident der nationalen Menschenrechtskommission, Gilbert Pregno. Insbesondere bei der Familienzusammenführung aber gebe es noch Luft nach oben. 15 Empfehlungen sollen den Behörden nun dabei helfen, die Wiedervereinigung von Flüchtlingen mit ihren Liebsten zu erleichtern. Jeder Mensch hat ein Recht auf Familie, unterstreicht Gilbert Pregno von der Luxemburger „Commission consultative des droits de l'homme“ (CCDH). Dies gelte auch für anerkannte Flüchtlinge, die ihre Angehörigen nicht selten überhastet in Krisenregionen zurücklassen mussten, ohne sie in Sicherheit wähen zu können.

Demnach ist es auch kaum verwunderlich, dass sich viele Betroffenen nach der offiziellen Anerkennung ihres Asylantrags an erster Stelle darum bemühen, ihre Familie wieder zusammenzuführen. „Die Haltung der Regierung gegenüber von Flüchtlingen ist exemplarisch, insbesondere im Vergleich mit anderen Ländern“, sagt Gilbert Pregno.

Dies sei auch bei Familienzusammenführungen der Fall. So seien auf diesem Weg in den letzten fünf Jahren 1.400 Menschen nach Luxemburg gekommen. „Eine vergleichsweise niedrige Zahl“, meint der Präsident der luxemburgischen Menschenrechtskommission.

„Wir können kaum von den Betroffenen erwarten, in die Krisengebiete zu reisen oder sich

woanders niederzulassen, um ihre Familie wieder zu vereinen. Deshalb ist es unerlässlich, diesen Menschen eine rasche und wirksame Zusammenführung zu ermöglichen“, betont CCDH-Präsident Pregno. Eine heile Familienwelt erleichtere die Integration dieser Menschen und helfe bei der Aufarbeitung einer mitunter verstörenden Vergangenheit.

## Finanzielle und legale Hürden

Die CCDH hat 15 Empfehlungen ausgearbeitet, die anerkannten Flüchtlingen im Großherzogtum die Familienzusammenführung erleichtern sollen. Diese werde in vielen Fällen noch von legalen und praktischen Hürden erschwert. So müssen Betroffene etwa ihren Antrag auf Zusammenführung binnen den ersten drei Monaten nach Anerkennung ihres Flüchtlingsstatus stellen. Viele Menschen verfügen zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht über die nötigen finanziellen Mittel, um die hohen Kosten des Antrags übernehmen zu können. In dieser Hinsicht empfiehlt die CCDH, die Frist abzuschaffen oder Betroffenen die Möglichkeit zu lassen, den Antrag einzuleiten, um ihn dann zu einem späteren Zeitpunkt abschließen zu können. Die Menschenrechtskommission stößt sich auch an der gesetzlichen Definition einer Familie oder einer eingetragenen Partnerschaft. Diese Richtlinien seien zu restriktiv, berücksichtigen sie doch viele Besonderheiten gar nicht. Pregno erinnert beispielsweise an die vielen Mitglieder der LGBTQ-Gemeinschaft, die ihre Heimat wegen

ihrer sexuellen Orientierung verlassen mussten. Deren Partner werden im Herkunftsland ebenfalls verfolgt und nicht anerkannt, sodass eine Heirat oder eingetragene Partnerschaft de facto unmöglich sei.

Auch seien viele Kinder im Erwachsenenalter noch von ihren Eltern oder Geschwistern abhängig, sei es nun finanziell, legal oder emotional. „Wir empfehlen der Regierung, den vielen Besonderheiten familiärer Beziehungen Rechnung zu tragen und das Konzept der familiären Abhängigkeit zu erweitern“, so Pregno. Vor allem bei unbegleiteten Minderjährigen müsse die Regierung eine größere Flexibilität an den Tag legen, um eine Zusammenführung mit deren Eltern zu ermöglichen, unterstreicht der Präsident der Menschenrechtskommission. Eine gewisse Unterstützung beim Aufspüren der Familienmitglieder sei ebenfalls begrüßenswert, und das nicht nur in beratender, sondern auch in finanzieller Hinsicht. Eine Zusammenführung koste mehrere Tausend Euro, so Pregno. Eine Summe, die sich viele Flüchtlinge zunächst nicht leisten könnten. „Denkbar wäre eine Art finanzielle Unterstützung, die in Raten wieder abgezahlt werden kann“, empfiehlt die CCDH.

Nach der Zusammenführung seien die Familienmitglieder vom Antragsteller abhängig. Was mögliche Opfer häuslicher Gewalt davon abbringen könnte, Hilfe zu beantragen und die Behörden einzuschalten. In dieser Hinsicht fordert die Kommission, dass jedes einzelne Familienmitglied einen eigenen Asylstatus erhält. Damit soll der Schutz jedes Einzelnen gewährleistet werden.

# Familienzusammenführung mit vielen Hürden

Beratende Menschenrechtskommission CCDH sieht elf zentrale Hindernisse

LUXEMBURG  
CHRISTIAN BLOCK

**A**nerkannte Flüchtlinge, die Familienmitglieder nach Luxemburg nachkommen lassen wollen, können dabei auf zahlreiche Hindernisse stoßen. Die beratende Menschenrechtskommission hat in einem Bericht elf große Hindernisse identifiziert - und legt der Regierung Änderungen nahe. Die Familienzusammenführung würde letztlich auch der Integration dienen. „Für Leute, die so viel gelitten haben, ist das Leben in der Familie eine sehr wichtige psychologische und emotionale Unterstützung“, sagt Gilbert Pregnio, Präsident der „Commission Consultative des Droits de l'Homme“ (CCDH).

## Möglichkeiten nicht systematisch bekannt

In den vergangenen fünf Jahren wurden circa 4.000 Menschen im Großherzogtum als Flüchtling anerkannt. In den rund vier Jahren zwischen Januar 2015 und November 2019 hat das Außenministerium 1.688 Anfragen von Flüchtlingen auf eine Familienzusammenführung behandelt. In circa 80 Prozent der Fälle durften sie Mann, Frau oder Kinder nachkommen lassen. Weitere zehn Prozent wurden abgelehnt, der Rest befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in Bearbeitung. Allerdings hält die CCDH in ihrem Bericht fest, dass angesichts des Anstiegs von Anerkennungen der Zuwachs der Anträge auf eine Familienzusammenführung „sehr begrenzt“ sei. Es sei sehr wichtig, zu garantieren, dass ein anerkannter Flüchtling frühzeitig über die Modalitäten der Familienzusammenführung informiert werde, sagt die Juristin Anamarija Tunjic. Von offizieller Seite gebe es diese Informationen bislang nicht. Eine Broschüre in möglichst vielen Sprachen könnte dem Abhilfe verschaffen.

## Frist für vereinfachte Bedingungen ganz abschaffen

Für verschiedene Vereinigungen schon länger ein Problem ist die nur dreimonatige Frist ab dem positiven Asylbescheid, um einen „regroupement familial“ unter erleichterten Bedingungen anzufordern. Blau-Grün-Rot hat wohl daraufhin im Koalitionsabkommen eine Verdoppelung auf sechs Monate festgeschrieben. Die Menschenrechtskommission bezweifelt aber, dass das ausreichend ist und rät der Regierung, sich am Beispiel anderer Länder zu inspirieren beziehungsweise keine Frist vorsehen, so Tunjic. Ist die Frist nämlich verstrichen, müssen Drittstaatler gleich drei Voraussetzungen erfüllen: über

stabile und ausreichende finanzielle Ressourcen verfügen, ohne auf Sozialhilfe zurückzugreifen, eine ausreichend große Wohnung sowie Krankenversicherung zu sein.

Ein weiteres Hindernis sieht die Kommission in der Diskrepanz zwischen dem Gesetz und seiner Auslegung. Die CCDH teilt nicht die Ansicht des Ministeriums, nach der binnen drei Monaten das vollständige Dossier einzureichen sei. Für sie bezieht sich die Frist allein auf die Antragstellung.

## Finanzielle Unterstützung des Staates

Zu restriktiv ist dem Bericht zufolge auch die Definition der Familienmitglieder, die nach Luxemburg geholt werden können. Ehepartner und eingetragener Lebenspartner - Letztere zumindest in der Theorie - sowie die biologischen minderjährigen Kinder kommen demnach in Frage. Das Gesetz entspricht nicht den Familienmustern von Flüchtlingen. Verlobte aber nicht verheiratete Paare seien zudem ausgeschlossen.

Anregung findet sich im Bericht auch zugunsten einer rückzahlbaren finanziellen Unterstützung des Staates. Zähle man alle Kosten zusammen, könne sich

eine Familienzusammenführung auf mehrere Tausende Euro belaufen. Unterstützung bekommen Flüchtlinge dabei bislang von einzelnen Gemeinden oder Nichtregierungsorganisationen. Wobei das von Fall zu Fall entschieden werde.

Verbesserungsbedarf

sieht die konsultative Kommission beim Statut der Familienmitglieder nach ihrer Ankunft im Großherzogtum. Ihre jährlich zu erneuernde Aufenthaltsgenehmigung hängt dann nämlich am Statut des Flüchtlings ab, in vielen Fällen Männer, die Frau und Kinder nach Luxemburg holen. Problematisch sei diese Abhängigkeit in Fällen von häuslicher Gewalt. ●

**AUS DEM CCDH-BERICHT**

**Weitere Empfehlungen**

- Integrationsaktivitäten für die Familienmitglieder von anerkannten Flüchtlingen
- Die Antragsteller regelmäßig über die Bearbeitung des Dossiers auf dem Laufenden halten, insbesondere bei größeren Verzögerungen
- Bei der Überprüfung der Familienbeziehungen alle gesetzlichen Instrumente nutzen, die dem Antragsteller

ermöglichen, den Beweis zu liefern, dass es sich um Mitglieder seiner Familie handelt

- Flüchtlingen proaktiv dabei helfen, ihre Familienmitglieder ausfindig zu machen, oder zumindest den Kontakt mit den dafür zuständigen Stellen herzustellen
- Auf die Problematik des Menschenhandels zu achten. In jüngster Vergangenheit habe es Fälle gegeben, in denen Mitglieder der Familie eines Flüchtlings verschwunden sind.

**„Die CCDH empfiehlt der  
Regierung, das Konzept der  
,Familie‘ auf flexible Art und  
Weise zu interpretieren“**

Aus dem Bericht der beratenden Menschenrechtskommission

FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG

## *Restriktiv*

CHRISTIAN BLOCK

Geflüchtete machen auf ihrem Weg so einiges durch und erleben im Umgang mit Behörden gelegentlich absurde Dinge. Zum Teil liegt das in der Natur der Sache. Denn wenn in Brüssel Direktiven gemacht werden, die in der Folge in der gesamten EU in die nationale Gesetzgebung einfließen, kann das eigentlich nur problematisch mit der komplexen Wirklichkeit in dieser Materie zusammenpassen.

Auch wenn sich Luxemburg zu den Musterschülern in der EU zählen darf, was die Aufnahme von Asylbewerbern angeht, heißt das auch nicht, dass die Gesetzgebung oder der Staat sonderlich großzügig beziehungsweise lax wären. Die Familienzusammenführung ist dafür, wie der Bericht der beratenden Menschenrechtskommission jetzt zeigt, ein gutes Beispiel. Welche Familienmitglieder nach Luxemburg geholt werden dürfen, ist sehr restriktiv, dafür aber nicht unbedingt auf kohärente Art und Weise geregelt. Zudem werden Asylbewerber offenbar nicht systematisch über

ihre Rechte informiert, was dann mit sich bringt, dass sie angesichts der dreimonatigen Frist kaum die notwendigen Papiere zusammenbekommen. Es sind insbesondere diese beiden Punkte, in denen Nachbesserungsbedarf besteht: Rechtzeitige Informationen und genügend Zeit, um die finanziell aufwändige Familienzusammenführung zu organisieren. Denn Geld verdienen ist in der Regel erst mit Statut möglich. Auch das, der Zugang von Asylbewerbern zum Arbeitsmarkt, ist restriktiv.

# Regroupement familial : des «obstacles» à faire tomber

Hier, la Commission consultative des droits de l'homme a dévoilé un rapport sur le droit au regroupement familial des bénéficiaires de protection internationale (BPI). Quelques critiques ont été émises.

De notre journaliste  
Guillaume Chassaing

**N**ous félicitons l'Etat pour les efforts fournis sur le regroupement familial des bénéficiaires de protection internationale (BPI). Le Luxembourg est exemplaire par rapport à de nombreux autres élèves de l'Union européenne, qui sont très mauvais.» L'appréciation est de Gilbert Pregno. Mais le président de la Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) poursuit en soulignant que «ce n'est pas parce que de bonnes choses sont faites qu'il n'y a pas des améliorations à effectuer, car le regroupement familial peut être un véritable parcours du combattant pour certains demandeurs». Hier, dans son rapport sur le droit au regroupement familial des bénéficiaires de protection internationale, il a émis un certain nombre de recommandations.

## Délai de 3 mois, coût, définition de famille...

Petit rappel chiffré pour commencer: «En 2019, 20,2% des regroupements familiaux étaient issus de demandeurs de la catégorie "protection internationale", indique Anamarija Tunjic, juriste au sein de la CCDH. De janvier 2015 à novembre 2019, 1 688 demandes de regroupement familial étaient issues de BPI. 1 388 ont été accordées, 168 refusées et 181 demandes sont toujours en cours de procédure.»

Pour la juriste de la CCDH, «il reste des obstacles» au regroupement familial des bénéficiaires de protection internationale. Le premier d'entre eux est «le délai de trois mois» pour faire la demande

et pendant lequel le BPI est exempté des conditions supplémentaires (ressources stables, régulières et suffisantes, logement, assurance maladie). Ce délai démarre le jour où le demandeur de protection internationale devient bénéficiaire de protection internationale. «Ce délai est critiqué depuis longtemps parce qu'il ne prend pas en compte les particularités de chaque situation, souligne Anamarija Tunjic. L'accord de coalition prévoit que ce délai passe de trois à six mois, mais pour le moment, personne au ministère n'a eu d'instruction pour élaborer un projet de loi sur ce point. En attendant des modifications législatives, nous recommandons au gouvernement d'adopter une approche plus flexible permettant l'introduction d'une demande partielle dans un délai de trois mois, qui pourra être complétée par la suite.»

La juriste de la CCDH pointe aussi du doigt que dans la loi «la famille est comprise de manière exclusivement biologique et le droit luxembourgeois circonscrit la notion de membre de famille autant que possible à la famille nucléaire. Une telle définition ne tient pas compte de la diversité des liens familiaux. Nous recommandons au gouvernement d'interpréter le concept de famille de manière flexible et d'étendre la liste des membres de la famille qui sont autorisés à rejoindre un BPI dans le cadre du regroupement familial.» La CCDH évoque notamment son souhait d'étendre la notion de couple au-delà des mariages et des partenariats enregistrés et à reconnaître les enfants non biologiques et les enfants majeurs financièrement ou émotionnellement dépendants de leurs parents.

Autre point mis en avant par la

CCDH, les coûts du regroupement familial de «quelques milliers d'euros par membre de famille», selon Anamarija Tunjic. Et la CCDH d'inviter le gouvernement à envisager d'accorder une aide financière remboursable aux BPI pour leur permettre l'exercice effectif de leur droit au regroupement familial.

## «Droit au respect à la vie privée et familiale»

Par ailleurs, la CCDH souligne également que les BPI manquent d'informations relatives au regroupement familial et recommande aux autorités «d'élaborer une fiche d'information sur le droit au regroupement familial et les conditions et délais à respecter. Cette brochure devrait être disponible dans plusieurs langues et formulée de manière claire, complète et compréhensible.»

La CCDH s'est aussi penchée sur le statut du membre de famille. «Pendant cinq ans, le membre de famille est dépendant du regroupant, explique Anamarija Tunjic. Cela peut poser un problème pour des femmes victimes de violences domestiques. Elles ne sont pas suffisamment protégées. Il faudrait donner au membre de famille un statut propre dès son arrivée au Luxembourg.»

Pour conclure, Gilbert Pregno rappelle que «le regroupement familial s'inscrit dans le cadre plus large du droit au respect de la vie privée et familiale qui est garanti à tout être humain. La famille constitue un soutien psychologique et émotionnel important pour le BPI et le regroupement familial facilite l'intégration des BPI et contribue par conséquent à la cohésion sociale.»

## La CCDH en bref

Depuis la loi du 21 novembre 2008, la Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) est dotée d'un statut légal, lui conférant le même rang formel que d'autres organes de défense des droits fondamentaux des citoyens tels que le médiateur ou encore de l'«Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Känd». La CCDH est un organe consultatif du gouvernement qui a pour mission la promotion et la protection des

droits de l'homme au Grand-Duché. Elle adresse au gouvernement des avis, études, prises de position et recommandations qu'elle élabore en toute indépendance, soit à la demande du gouvernement, soit de sa propre initiative, sur toutes les questions de portée générale qui concernent les droits de l'homme sur le territoire du Luxembourg. Elle conseille le gouvernement pour l'élaboration des rapports que le

Luxembourg doit présenter aux organes régionaux et internationaux de défense des droits de l'homme. Elle peut aussi s'adresser directement à l'opinion publique ou par l'intermédiaire de tout organe de presse, particulièrement pour rendre publics ses avis et recommandations. Enfin, elle a la possibilité d'entretenir une concertation avec toutes les institutions et organes nationaux et internationaux de défense des droits de l'homme.

# Familienzusammenführungen erleichtern

Bericht der beratenden Menschenrechtskommission gibt  
Empfehlungen zum Nachzug zu anerkannten Flüchtlingen

Innerhalb von drei Monaten, nachdem das Flüchtlingsstatut anerkannt wurde, müssen derzeit Personen, die in Luxemburg internationalen Schutz genießen, den Antrag gestellt haben, dass ihre Familienmitglieder nachziehen dürfen. Laut Koalitionsvertrag soll die Frist nun auf sechs Monate erhöht werden. „Wir begrüßen das, empfehlen aber, dass sich Luxemburg ein Beispiel an anderen EU-Ländern nimmt, die gar keine Frist vorsehen.“ Das sagte die Juristin der Commission Consultative des Droits de l'Homme (CCDH), Anamarija Tunjic, gestern, als der Bericht zum Recht auf Familiennachzug vorgelegt wurde.

„Bis die Fristverlängerung gesetzlich verankert ist, sollten die Behörden flexibler vorgehen und den Tag des Antrags gelten lassen und nicht auf dem vollständigen Dossier beharren“, meint Tunjic. Denn es dauere oft lange, bis die offiziellen Dokumente vorgelegt werden können. Dies ist eine der

zahlreichen Empfehlungen der Menschenrechtskommission an die Regierung, damit das Grundrecht auf den Respekt des Privat- und Familienlebens garantiert wird. Denn: „Die Familie stellt eine wichtige emotionale und psychologische Stütze dar und erleichtert die Integration, wenn eine Rückkehr in die Heimat nicht absehbar ist“, macht sie geltend.

Flexibler soll sich die Regierung deswegen auch beim Begriff der Familie geben. So sollten auch nicht verheiratete oder verpartnerte Paare anerkannt werden. Das gleiche gilt für nicht biologische und volljährige Kinder, die finanziell vom Flüchtling abhängig sind. Vor allem sollte bei unbegleiteten Minderjährigen vom Grundsatz abgesehen werden, dass nur Eltern nachziehen dürfen, die finanziell von den Kindern abhängig sind. „Das macht keinen Sinn“, sagt Tunjic.

Zu den Empfehlungen gehört auch, dass die Personen unter

internationalem Schutz systematisch von der Regierung unterstützt werden, ihre Familienmitglieder zu lokalisieren und es sollte ihnen auch eine finanzielle Hilfe zugestanden werden, die zurückerstattet werden muss, denn die Prozedur ist teuer. „Für jedes Familienmitglied entstehen Kosten von ein paar tausend Euro“, erklärt Tunjic – für die Dokumente, deren Übersetzung, die Wege zu den Botschaften und schließlich die Reise.

Ganz wichtig ist der CCDH auch, dass die Flüchtlinge so schnell wie möglich umfassend von offizieller Seite aus über den Familiennachzug informiert werden sollen. Nachgezogenen Frauen sollte auch ein eigenes Schutzstatut als Flüchtling zugestanden werden, damit sie nicht vom Statut des Mannes abhängen. und so bei häuslicher Gewalt beispielsweise geschützt sind. *wel*

### **De la famille au sens large**

Bien que la politique du gouvernement luxembourgeois soit « exemplaire », insiste le président de la Commission consultative des droits de l'homme, Gilbert Pregno (à gauche sur la photo, TPC), des améliorations restent toujours possibles. La CCDH s'est donc autosaisie pour analyser les procédures en matière de droit au regroupement familial des bénéficiaires de protection internationale

(BPI) et a présenté ses conclusions en la matière ce lundi. Sur les quelque 4 000 personnes ayant obtenu le statut de BPI ces cinq dernières années, il y a eu 1 688 demandes de regroupement familial (une demande par membre de la famille), dont 80 pour cent ont été accordées. « Faire venir leur famille est une priorité pour la plupart des BPI, et cela leur facilite l'intégration », selon Pregno. Mais en pratique, la procédure est aussi restrictive et stressante. Ainsi, à partir du jour

d'obtention du statut, le demandeur n'a que trois mois pour faire venir sa famille et les frais (papiers, voyages) sont élevés. Surtout, la notion de famille inscrite dans la loi est très étroite et ethnocentriste, selon la conception d'une famille nucléaire. Le CCDH demande au gouvernement de revoir ces définitions et d'élargir le droit aux familles au sens plus large et de l'étendre e.a. aux couples LGBTI ou vivant en union stable. jh



# Notioun vu "Famill" muss am Gesetz ugepasst ginn

**Grad bei Flüchtlinge wier d'Familljstruktur dacks eng aner, wéi mir se hei an Europa kennen.**

De Regroupement familial verbessert d'Integratioun vun de Persounen. Si hunn dofir emol méi genee ënnert d'Lupp geholl, wat d'Hürde fir d'Bénéficiaires de protection sinn, déi hir Famill wëllen hei an d'Land nokomme loossen. 11 Obstakelen hu sech erauskristalliséiert.

An de leschte 5 Joer krute ronn 4.000 Persounen de Refugiésstatut. 1.688 Demandë goufen an där Zäit agereecht, fir eng Persoun am Kader vum Familljenzesummeferien nokommen ze loossen. An 80 Prozent vun de Fäll gouf déi Demande accordéiert. Bis ewell ass et esou, datt d'BPle eng Demande op e Regroupement familial stelle kënnen, bis 3 Méint nodeems se de Statut kruten.

D'Anamarija Tunjic, Juristin bei der consultativer Mënscherechtskommissioun: *"Vill BPle sinn net an der Lag, innerhalb vun engem esou kuerzen Delai all d'Konditiounen z'erfëllen, virun allem all d'Dokumenter zesummen ze sammelen an och déi finanziell Ressourcen ze hunn, fir den Trajet ze finanzéieren vun de Familljememberen heihinner. Den Accord de coalition gesäit vir, datt d'Gesetzgebung soll geännert ginn. An datt den Delai vun 3 op 6 Méint soll eropgesat ginn. Et ginn awer eng ganz Rei Länner an der EU, wou guer keen Delai virgesinn ass. An der Belsch ass zum Beispill een Delai vun engem Joer virgesinn."*

An op dee Wee wëllt och d'CCDH goen. Och d'Definitioun wat eng Famill ass misst iwwerschaft ginn, esou déi consultative Mënscherechtskommissioun.

D'Anamarija Tunjic: *"Esou eng Definitioun entsprécht net de Familljemuster vu ville BPle hei zu Lëtzebuerg. Am Géigesaz zu de classesche Familljemustere, déi mir an Europa kennen, liewen d'Eltere, d'Geschwëster, d'Neueue, d'Niessen, an och Kosengen och ënnert dem selwechten Daach a ginn als Deel vun der enker Famill ugesinn."*

Et misst een och déi erwuesse Kanner oder net-biologesch Kanner berécksiichtegen. Do wënscht sech déi consultativ Mënscherechtskommissioun eng méi grouss Ouverture vun der Definitioun. Och bei de Mineurs non accompagnés gesäit d'Mënscherechtskommissioun Problemer. Wat Gesëschter, déi groussjäreg sinn, ugeet, ass d'Situatioun nämlech komplizéiert.

D'Anamarija Tunjic: *"An dat féiert zu immens schwéieren Situatioun, wou d'Eltere mussen decidéieren, ob si bei dat Kand hei op Lëtzebuerg kommen an dat anert Kand oder Kanner dohannen a Gefor loossen oder net."*

D'Lienen tëscht Familljememberen iwwert d'DNA-Tester ze beweisen, dierft just am leschte Fall gemaach ginn. Well *"et och net onbedéngt an deem Land ass, wou een de Regroupement familial ufreet, wou déi Tester gemaach ginn, mä dohannen, dann och net déi selwecht Konditiounen respektéiert ginn. Ausserdeem ass et och esou, datt d'Famill och nëmmen op déi biologesch Famill reduzéiert gëtt."*

E Regroupement familial ass keng gënschteg Affär, mä kann e puer Dausend Euro deier sinn. Dofir fuerdert d'Mënscherechtskommissioun, datt d'Leit vum Staat eng finanziell Hëllef kréien, déi déi concernéiert Persounen zeréckbezuelen.

De ganze Rapport mat weidere Recommendatiounen fannt Dir um [Site vun der consultativer Mënscherechtskommissioun](https://www.rtl.lu/news/national/a/1477437.html).